



Nr. 36

20. Oktober 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Kritische Infrastruktur

[„Schönwetter-Daseinsvorsorge können wir uns nicht mehr leisten“](#)

7. Seniorenpolitische Fachtagung

[Pflege jetzt zukunftssicher machen](#)

dbb jugend

[IT-Ausbildung im öffentlichen Dienst: „Das verrückte Labyrinth“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

[Wiederaufbau im Ahrtal: Es fehlt Personal](#)

Bayern

[Angemessene Entschädigung für dienstliche Fahrten](#)

Nordrhein-Westfalen

[Auftaktgespräch von Staude und Wüst: Gute Atmosphäre](#)

Schleswig-Holstein

[Austausch zwischen dbb Landesbund und Ministerpräsident](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[„IQB-Bildungstrend 2021“ veröffentlicht](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Nulltoleranz bei Gewalt gegen Beschäftigte](#)

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

[Modernisierung des Steuerverfahrensrechts: Es fehlt an Personal](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Kritische Infrastruktur

„Schönwetter-Daseinsvorsorge können wir uns nicht mehr leisten“

Die jüngsten Sabotagen an Nordsee-Pipelines und Bahnnetz sowie Probleme bei der Cybersicherheit belegen den Handlungsbedarf beim Schutz der kritischen Infrastruktur, mahnt der dbb.

„Organisationen und Einrichtungen, die von zentraler Bedeutung für das Gemeinwesen sind, müssen auf ihre Sicherheit geprüft und mit der notwendigen personellen und sachlichen Ausstattung versehen werden. Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes haben eine ungleich höhere Bedeutung als noch vor einem Jahr. Auch wenn niemand ihn herbeireden möchte, muss auch an den Ernstfall gedacht werden. Eine Schönwetter-Daseinsvorsorge können wir uns nicht mehr leisten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 19. Oktober 2022 beim Gewerkschaftstag des dbb Landesbundes von Sachsen-Anhalt in Wernigerode.

In diesen kritischen Bereichen sei auf die eine oder andere Art der öffentliche Dienst gefordert. „Dort braucht es einen starken Staat. Doch genau dort wurde auch seit langer Zeit gespart, es mangelt fast überall an ausreichend Personal und einer angemessenen Ausstattung. Allerdings kann nur ein attraktiver öffentlicher Dienst ausreichend Beschäftigte an-

ziehen und damit die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen. Unsere Forderungen zur Einkommensrunde mit Bund und Kommunen sind dafür eine wichtige Maßnahme“, sagte Silberbach mit Blick auf die dbb-Forderung nach einer 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höheren Bezahlung. Darüber hinaus sei eine Qualifizierungsoffensive durch umfangreiche Fort- und Weiterbildungsangebote ebenso notwendig wie flexiblere Arbeitsbedingungen.

Der dbb Chef gratulierte dem neuen Vorsitzenden des dbb sachsen-anhalt Ulrich Stock und der neuen Landesleitung zur Wahl: „Ich wünsche Euch alles Gute, viel Kraft und Erfolg beim Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen.“ Außerdem würdigte Silberbach den scheidenden Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck: „Fast 20 Jahre lang hast du Dich unermüdlich für die Interessen der Beschäftigten eingesetzt. Für Deinen tatkräftigen Einsatz als stellvertretender Landesvorsitzender und während der acht Jahre als Landesvorsitzender möchte ich Dir von Herzen danken.“

7. Seniorenpolitische Fachtagung Pflege jetzt zukunftssicher machen

dbb und dbb senioren fordern Pflegeangebote, die für alle Bedürftigen erschwinglich und leicht zugänglich sind.

„Wir brauchen hochwertige, bezahlbare und leicht zugängliche Pflege- und Betreuungsdienste, solche die die Situation der Pflegebedürftigen als auch die Situation derjenigen, die sich professionell oder informell um sie kümmern, verbessern. Die nationalen Akteure müssen jetzt dementsprechend handeln“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb senioren, anlässlich der 7. Seniorenpolitischen Fachtagung des dbb am 18. Oktober 2022 in Berlin.

Insbesondere müsse der flächendeckende Ausbau der Kurzzeit- und Verhinderungspflege beschleunigt werden. „Aber ohne nachhaltiges Gesamtkonzept für die Finanzierung kommen wir hier keinen Schritt voran. Wir können nicht

erkennen, dass die bisherigen Vorschläge einen merklichen Impuls in der Politik gesetzt haben“, so Klitzing.

Neben der Frage der Finanzierung von Pflegeleistungen sieht der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach vor allem auch beim Thema Pflegekräftemangel Handlungsbedarf: „Wir müssen konkrete Antworten auf die Frage finden, wie etwa die Digitalisierung die pflegerische Versorgung voranbringen und erleichtern kann. Technik soll Pflegekräfte unterstützen, kann sie aber ganz gewiss nicht ersetzen.“

Darüber hinaus warnte Silberbach vor den Auswirkungen der aktuellen Inflationslage auf die Pflegekosten für Betroffene. „Der dbb hat

sich seinerzeit dafür eingesetzt, dass die ursprünglich vorgesehene Deckelung der Eigenanteile möglichst zielgenau ausgestaltet wird. Diese Vorschläge finden sich lediglich in Teilen im Gesetz wieder. Auch wurden die Zuschüsse derart zusammengeschmolzen, dass von einer

echten Entlastung kaum mehr gesprochen werden kann“, kritisierte Silberbach und forderte deutliche Nachbesserungen.

Einen vollständigen Bericht der Fachtagung gibt es auf dbb.de.

dbb jugend

IT-Ausbildung im öffentlichen Dienst: „Das verrückte Labyrinth“

1.200 Studienplätze mit IT-Schwerpunkt sind derzeit an den Hochschulen des öffentlichen Dienstes in Deutschland pro Jahr verfügbar. Nach einer aktuellen Recherche des dbb jugend magazin #staatklar können diese jedoch mangels Bewerber*innen nicht besetzt werden.

dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski sagt, woran das liegen könnte: „Es ist super, dass die Ausbildungskapazitäten für eigene IT-Kompetenz beim Staat jetzt endlich aufwachsen, und da sind total spannende und für verschiedenste Bedürfnisse passende Studienmodelle am Markt. Aber der Segen der Vielfalt wird zum Fluch, wenn man nicht mehr durchblickt“, so Fandrejewski im dbb jugend magazin #staatklar (Ausgabe Oktober 2022). „Man könnte es in Anlehnung an ein beliebtes Brettspiel ‚Das verrückte Labyrinth‘ nennen“, übt sich der dbb jugend Chef in einer humoristischen Betrachtung der Lage. Tatsächlich seien vielfältigste Informationen, sofern man sie denn überhaupt auffinde, und das verbreitete Bewerbungsverfahren ausschließlich über Praxisbehörden, die im jeweiligen Studiengang ausbilden, für junge Menschen eine „Zumutung“. Selbstredend müsse der Staat bei der Auswahl seines Personals eine hohe Messlatte anlegen, „wir wollen die Besten der Besten. Aber genau die fühlen sich mit einer solchen Ansprache und Performance ihres möglicherweise zukünftigen Arbeitgebers überhaupt nicht abgeholt“, kritisiert Fandrejewski.

Gefragt sei generell ein professionelleres Matching zwischen Talenten, die sich für eine Ausbildung beim Staat interessieren, stellt der dbb jugend Chef klar und greift gewisse Kannibalisierungseffekte zwischen den unterschiedlichen Gebietskörperschaften beim Wettbewerb um Nachwuchskräfte als kontraproduktiven Trend auf: „Diese Effekte sehen wir generell, insbesondere, seitdem die Bezahlungsniveaus im öffentlichen Dienst wegen unterschiedlicher Rechts- und Tarifkreise auseinanderdriften. Natürlich gewinnen zahlungskräftigere Dienst- und Arbeitgebende leichter Personal als andere. Im IT-Sektor verschärft sich das unter

dem enormen Konkurrenzdruck der Privatwirtschaft noch einmal. Es liegt auf der Hand, dass das nicht ohne Folgen für die strukturelle Leistungsfähigkeit und das jeweilige Niveau der Daseinsvorsorge von Bund, Ländern und Kommunen bleiben wird – all das steht und fällt in den kommenden Jahren mit der Qualität der Digitalisierungskompetenz.“ Für die gezielte Ansprache junger Talente „brauchen wir endlich eine einheitliche Arbeitgebermarke ‚Öffentlicher Dienst‘“, fordert Fandrejewski. „Alle Gebietskörperschaften, Dienst- und Arbeitgebenden müssen hier an einem Strang ziehen und ihre Karriereangebote zentral und smart zugänglich machen“, fordert der dbb jugend Vorsitzende. „Erforderlich sind eine gezielte Ansprache und lückenlose Navigation bis hin zum Dienstverhältnis oder Arbeitsvertrag für Interessierte. Wer den Nachwuchs von heute im Karrierelabyrinth des Staatsdienstes alleine lässt, darf sich nicht wundern, wenn der schreiend Richtung Privatwirtschaft davonläuft. Gewinnt der Staat jetzt nicht zügig junge Menschen, droht nicht nur der Daseinsvorsorge ein Kollaps. Ein schwächelnder Standortfaktor öffentlicher Dienst ohne ausreichende Digitalisierungsfertigkeiten ist Gift für die Wirtschaft, zumal in Zeiten, in denen uns eine handfeste Rezession droht.“ Flankierend zur Rekrutierung müssten zudem digitale Aspekte generell Einzug in die Verwaltungsausbildung halten. Idealerweise könne man sich bundesweit auf einheitliche Standards bei Digitalisierungs- und IT-Kompetenzen einigen, regt Fandrejewski an.

Die vollständige Recherche gibt es im neu gestalteten Magazin für junge Menschen im öffentlichen Dienst unter www.staatklar.org.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Rheinland-Pfalz

Wiederaufbau im Ahrtal: Es fehlt Personal

Der dbb rheinland-pfalz und die komba gewerkschaft haben das Flutgebiet im Ahrtal besucht und sich über die Situation in der Verwaltung informiert.

Dringend gesucht würden dort demnach Planerinnen und Planer, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie Verwaltungsfachleute auf allen kommunalen Verwaltungsebenen im Landkreis. Ohne dieses zusätzliche Fachpersonal sei die Mammutaufgabe des Wiederaufbaus nach der Flutkatastrophe in Juli 2021 nicht zu stemmen.

Gebraucht würden angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt pragmatische Anreizlösungen im öffentlichen Dienst, damit sowohl Neuzugänge als auch vorhandenes, hart am Anschlag arbeitendes Personal die Anerkennung bekommen könnten, die der Dienst in der Ausnahmesituation erforderlich machten. Es gehe letztlich schließlich um die Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur und die Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für zügiges Handeln – sowohl der öffentlichen Hand als auch der Privatwirtschaft.

Das Projekt Wiederaufbau werde aber in jedem Fall viele Jahre in Anspruch nehmen. In dieser Zeit müsse es darum gehen, das reibungslos verwaltet und möglichst viel ohne übermäßige Bürokratie möglich gemacht werde. Nichts hören wollen würden die kommunalen Akteure vor Ort hingegen als kleinlich empfundene Einwände aus den Genehmigungs- und Prüfungsinstanzen des Landes, laut denen praktisch Naheliegendes gerade nicht machbar sein solle. Dieses Stimmungsbild nahmen die Vertreterinnen und Vertreter des dbb rheinland-pfalz sowie der komba aus den zwei Vor-Ort-Terminen am 18. Oktober 2022 mit.

Die dbb Landeschefin Lilli Lenz sagte: „Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Tarif- und Besoldungssituation verbessert. Der Personalstand in den von der Flut und ihren Folgen betroffenen Kommunen muss zügig verbessert werden. Innerlich für einen anspruchsvollen Job bereite, engagierte Mitarbeiter bekommt und bindet man aber nur unter den richtigen Bedingungen. Egal, ob Tarifbeschäftigte oder Beamte, der Dienst vor Ort muss sich besonders in angespannten Zeiten im wahrsten Wortsinn auszahlen. Das gilt besonders für den öffentlichen Dienst in den Flutgebieten, in denen viele Kolleginnen und Kollegen neben dem hohen Dienstpensum auch noch private Schicksalsschläge durch die Katastrophe verarbeiten müssen. Wenn aber an übergeordneten Stellen die Bürokratie dank schlankerer Verfahren weniger bremst, kann den Kommunalverwaltungen und damit den betroffenen Bürgern zügiger und pragmatischer geholfen werden.“

Guido Orthen, Bürgermeister der Stadt Bad Neuenahr-Ahrweiler, und Georg Knieps, Erster Beigeordneter der Verbandsgemeinde Altenahr, empfingen die dbb-Delegation jeweils in ihren Büros, kurz bevor am Nachmittag ein Treffen der Landrätin und der Bürgermeister mit dem neuen Landesinnenminister unter paralleler Themenstellung stattfand. Für den dbb Landesbund nahmen an den neben der Landesvorsitzenden Lilli Lenz vom dbb Kreisverband der Vorsitzende Werner Kasel, Hiltrud Dahr, gleichzeitig komba Kreisvorstandsmitglied und Hubertus Kunz sowie dbb Landesgeschäftsführer Malte Hestermann teil.

Bayern

Angemessene Entschädigung für dienstliche Fahrten

Nach einem Beschluss der bayerischen Regierungskoalition und entsprechender Einigung mit dem Bayerischen Beamtenbund (BBB) sollen Dienstreisen im Privatauto künftig mit 40 Cent pro Kilometer ausgeglichen werden.

„Ein wichtiges Signal für die Beschäftigten, dass der Freistaat Bayern hier ein so deutliches Zeichen setzt. Er stellt damit bundesweit einmalige Maßstäbe auf“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB).

„Durch die hohen Energiepreise sind die Fahrtkosten deutlich gestiegen – wir werden daher die Entschädigung für dienstliche Fahrten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Bayern auf 40 Cent pro gefahrenem Kilometer erhöhen. Die Beschäftigten sollen beim Einsatz ihres eigenen Wagens für dienstliche Fahrten angemessen entschädigt werden. Im Bund-Länder-Vergleich nimmt Bayern damit eine Spitzenposition ein. Der Freistaat wird auch auf diese Weise seiner Verantwortung als Arbeitgeber gerecht und

sendet ein deutliches Signal an die Beschäftigten, insbesondere im ländlichen Raum“, erklärt Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Die Wegstreckenentschädigung für dienstliche Fahrten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaates aus triftigen Gründen mit dem privaten PKW durchführen, soll von 35 auf 40 Cent pro Kilometer angehoben werden. Triftige Gründe liegen zum Beispiel dann vor, wenn Geschäftsorte mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht oder nicht zeitgerecht erreichbar sind. Das zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung erforderliche parlamentarische Verfahren soll umgehend beginnen. Dabei liegt die Entscheidung zur Anpassung des Bayerischen Reisekostengesetzes in letzter Instanz beim Bayerischen Landtag.

Nordrhein-Westfalen

Auftaktgespräch von Staude und Wüst: Gute Atmosphäre

Am 30. September 2022 empfing Ministerpräsident Hendrik Wüst in der Staatskanzlei mit Roland Staude und Stefan Behlau den 1. und den 2. Vorsitzenden des DBB NRW. Trotz der vielfältigen gegenwärtigen Krisen verlief der erste Austausch angenehm entspannt und überaus offen.

Staude und Behlau brachten zum Ausdruck, dass sie die im Entwurf des vorgelegten Nachtragshaushaltes vorgesehene Umsetzung von A13 in der Lehrerbesoldung für alle Lehrkräfte an allen Schulformen begrüßen. Die Umsetzung dieser langjährigen Forderung des DBB NRW sei ein wichtiger Schritt zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs.

Ein zentrales Thema des Gesprächs war das dritte Entlastungspaket der Bundesregierung und die damit verbundenen Maßnahmen, die während dieses Termins noch zwischen Bund und Ländern verhandelt wurden. Staude und Behlau nutzten die Gelegenheit, um die Positionen des DBB NRW in die gegenwärtige Diskussion einzubringen.

Das zweite große Thema waren die Einkommensrunden 2023. In diesem Zusammenhang verwiesen die DBB NRW-Vertreter darauf,

dass angesichts der vielfältigen Krisen ein akzeptabler Tarifabschluss ausgesprochen wichtig sei, um die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes kurz- und mittelfristig vor den Auswirkungen von Inflation und Energiekostenexplosion zu schützen. Langfristig sei dies zudem von elementarer Bedeutung, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um Nachwuchskräfte zu stärken – denn der Fachkräftemangel nage inzwischen stark an der Substanz und Leistungsfähigkeit des Staates.

Ministerpräsident Wüst war hinsichtlich der Positionen des DBB NRW sehr offen und interessiert, hieß es von Seiten des dbb Landesbundes. Er habe Verständnis für die Lage der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gezeigt und die konstruktive Dialogbereitschaft seiner Landesregierung zugesichert.

Schleswig-Holstein

Austausch zwischen dbb Landesbund und Ministerpräsident

Im Gespräch mit Ministerpräsident Daniel Günther hat der dbb Landeschef Kai Tellkamp am 17. Oktober 2022 darauf hingewiesen, dass der öffentliche Dienst trotz unzureichend angepasster Ressourcen und Strukturen vor allem deshalb funktioniere, weil sich die Beschäftigten ihrer Bedeutung für eine funktionierende Gesellschaft bewusst seien und ihre Aufgaben mit großem individuellen und persönlichen Einsatz erfüllen.

Politik und Arbeitgeber müssten allerdings zügig nachjustieren, damit dieses überdurchschnittliche Pflichtbewusstsein nicht gefährdet wird, so der Vorsitzende des dbb schleswig-holstein. Tellkamp und Günther waren sich zudem einig, dass nach der aktuellen dbb-Umfrage, nach der nur noch 29 Prozent der Bürgerinnen und Bürger den Staat in der Lage sehen, seine Aufgaben zu erfüllen, nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen werden dürfe. Der Wert müsse wieder besser werden, denn gerade in Krisenzeiten sei es unverzichtbar, dass sich die Menschen auf einen öffentlichen Dienst als zuverlässigen Stabilitätsfaktor verlassen können.

Für den dbb schleswig-holstein liegt auf der Hand, so Tellkamp, wo der Schuh drückt, um etwa bei der Fachkräftegewinnung besser zu werden: Die Belastung und die Arbeitszeit müssten verringert und die Einkommen erhöht werden. Deshalb sei es für den dbb Landesbund folgerichtig, dass er für eine Korrektur der

aktuellen schleswig-holsteinischen Alimentationsgesetzgebung kämpft und für die im Frühjahr anstehende Einkommensrunde eine hohe Forderung beschlossen wurde. Die zunächst für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen geltende Einkommensrunde könne auch für die Landesbeschäftigten sowie die Schleswig-Holsteinischen Beamtinnen und Beamten nicht ohne Wirkung bleiben. Denn die hier im Dezember anstehende lineare Anpassung von 2,8 Prozent gleicht die Inflation in keiner Weise aus.

Die Spitzen des dbb sh und der Landesregierung wollen im engen Austausch bleiben, um Vorschläge und Projekte für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu diskutieren und zu entwickeln. Dabei beschränken sich die Themen nicht nur auf Arbeitszeit und Einkommen. Auch der überbordenden Bürokratie und der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes soll stärker als bisher die Stirn geboten werden.

dbb Bildungsgewerkschaften

„IQB-Bildungstrend 2021“ veröffentlicht

Die neueste von der Kultusministerkonferenz (KMK) beauftragte Studie „IQB-Bildungstrend 2021“ ist am 17. Oktober 2022 erschienen. Sie erhebt die Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) zeigt sich äußerst besorgt über die Ergebnisse. Darin werde unter anderem deutlich, dass vor allem in Berlin, Brandenburg, Bremen und auch Nordrhein-Westfalen viele Grundschülerinnen und -schüler (4. Klasse) nicht einmal die Mindestanforderungen im Lesen und in Mathematik erreichen.

„Diese Schülerinnen und Schüler werden das, was sie als Grundschüler nicht gelernt haben, nur schwer in den weiterführenden Schulen aufholen können. Die Grundschüler müssen extrem viel nachholen, um die mangelnden Kenntnisse in Deutsch und Mathematik zu kompensieren. Das macht den Einstieg in die

weiterführenden Schulen für sie doppelt schwer. Eltern, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler müssen extrem stark zusammenstehen, um versuchsweise das auszugleichen, was die Grundschüler bisher nicht gelernt haben. Wir brauchen deshalb eine deutlich stärkere Lernerfolgsorientierung, wenn Deutschland sein Bildungsniveau annähernd halten will“, erklärt dazu die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing.

Der DPhV findet es deshalb auch zu wenig, dass sich für die neuen Bildungsstandards im Fach Deutsch für die Grundschule gerade einmal auf eine „lesbare Handschrift“ und „eine in

den Kernbereichen“ korrekte Orthographie vereinigt wurde. Dies spiegelt nur den Minimalkonsens der Länder wider, aber keine ambitionierten Ziele für ein besseres Leistungsniveau der Grundschülerinnen und -schüler in den Kernfächern Deutsch und Mathematik bundesweit. Lin-Klitzing: „In der Mathematik halten wir es für unabdingbar, dass neben den schriftlichen Verfahren der Addition, Subtraktion und Multiplikation auch das schriftliche Verfahren der Division eingeführt wird.“ Sie appelliert dringend an die KMK, die Lern- und Leistungsziele für die Grundschülerinnen und -schüler zu erhöhen, die neuen Bildungsstandards für die Grundschulen für ambitioniertere Ziele im Deutsch- und Mathematikunterricht nach oben zu korrigieren und Mindeststandards konsequent und verpflichtend abzusichern.

Laut dem Verband Bildung und Erziehung (VBE) seien die Ergebnisse des „IQB-Bildungstrend 2021“ nur als „katastrophal“ zu bezeichnen. Die Kompetenzen der Viertklässlerinnen und Viertklässler in den Bereichen Lesen, Zuhören sowie Orthografie und Mathematik würden kontinuierlich abnehmen. Zunehmend mehr Schülerinnen und Schüler erreichten zudem die Mindeststandards nicht und die soziale Schere klappte immer weiter auseinander: Gerade die Schwächsten und Förderbedürftigsten würden immer mehr abgehängt.

Was dabei aber nicht vergessen werden dürfe: Die Probleme würden nicht erst in der Schule beginnen, denn schon im April dieses Jahres habe die DKLK-Studie (Deutscher Kita-Leitungskongress) gezeigt, dass schon in der frühkindlichen Bildung Personalmangel und Überlastung ein gefährliches Ausmaß erreicht hätten. Erste Bildungsdefizite brächten die Kinder so schon mit in die erste Klasse.

Ungleichheiten in Abhängigkeit von sozialem und zugewanderungsbezogenem Hintergrund hätten sich ebenfalls weiter verstärkt. Mit dem sozioökonomischen Status verbundene Disparitäten seien im Jahr 2021 stärker ausgeprägt als in allen früheren Erhebungen zum Erreichen der Bildungsstandards im Primarbereich. Hier würden gerade die Schwächsten abgehängt – also die, die am meisten Förderung und Unterstützung benötigen. Es sei daher eine enorme Integrationsaufgabe, die jetzt zu leisten ist – nicht zuletzt, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der dadurch bedingten Schulschließungen zu bewältigen. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen hätten die Professionalität, den Willen und die Leidenschaft, das zu leisten. Allerdings seien die Folgen des enormen Lehrkräftemangels überall spürbar.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Nulltoleranz bei Gewalt gegen Beschäftigte

Bundesfinanzminister Christian Lindner und der Vorsitzende des Hauptpersonalrats beim Bundesministerium der Finanzen (BMF), Thomas Liebel (BDZ), unterzeichneten am 11. Oktober 2022 eine gemeinsame Erklärung zur Nulltoleranz bei Gewalt gegen Beschäftigte der Bundesfinanzverwaltung.

Eine Studie des Deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) in Speyer, die vom Bundesministerium des Innern und für Heimat im Jahr 2020 in Auftrag gegeben wurde, hat einen jährlichen Anstieg der Gewaltdelikte ergeben. Danach ist jede/r vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst innerhalb eines Jahres einmal oder mehrfach Opfer von Gewalt am Arbeitsplatz geworden. Eine hohe Dunkelziffer von nicht gemeldeten Vorfällen macht etwa 70 Prozent der Studie aus. Der BDZ und der BDZ geführter Hauptpersonalrat betrachten die Entwicklung als besorgniserregend. Gewalt gegen Beschäftigte sei keinesfalls ein Randproblem und müsse mit einer kla-

ren Nulltoleranz-Haltung und konkreten Präventions- und Nachsorgemaßnahmen begegnet werden.

Dem BDZ sei natürlich bekannt, dass innerhalb der Zollverwaltung entsprechende Maßnahmen und Meldewege zu Gewaltdelikten bestehen. Gleichwohl wäre die Dunkelziffer nichtgemeldeter Ereignisse hoch und zum Teil fehle es bislang an einer klaren und einheitlichen Nulltoleranz-Strategie für die gesamte Zollverwaltung. So würden beispielsweise betroffene Beschäftigte für das Durchsetzen von Schmerzensgeldansprüchen oder das Entfernen von Videoaufzeichnungen im Internet – die insbesondere von der Reichsbürger- und Querden-

kerszene als Einschüchterungsversuch veröffentlicht werden – auf zivilrechtliche Verfahren verwiesen, anstatt einer Unterstützung des Arbeitgebers zu erfahren.

„Wir lassen Beschäftigte, die mit Gewalt konfrontiert werden, nicht allein“, betonte Bundesfinanzminister Christian Lindner gegenüber dem Hauptpersonalrat (HPR). Gemeinsam stellen sich BMF und HPR damit gegen jegliche Form der Gewalt, mit der sich die Menschen in der Bundesfinanzverwaltung an ihrem Arbeitsplatz konfrontiert sehen könnten. Die Erklärung dient auch der Sensibilisierung aller Verantwortlichen im Umgang mit Gewaltdelikten. Der HPR-Vorsitzende Thomas Liebel er-

klärte, dass auf Basis dieser Erklärung die Präventionsarbeit, Gefahrenanalysen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten durch entsprechende Maßnahmen der Generalzolldirektion, ITZ Bund und Bundeszentralamt für Steuern in enger Abstimmung mit den zuständigen Interessenvertretungen umbeziehungsweise fortgesetzt werden müssten. Das umfasse etwa auch die fortlaufende Verbesserung der Schutzausrüstung und des Einsatzmaterials der Zöllnerinnen und Zöllner im Vollzug. Ferner müssten Meldesysteme so einfach und niedrigschwellig wie möglich gestaltet werden. Insbesondere Führungskräfte, aber auch Kolleginnen und Kollegen vor Ort könnten und sollten Betroffene unterstützen.

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG)

Modernisierung des Steuerverfahrensrechts: Es fehlt an Personal

Auf den eklatanten Personalmangel in der Steuerverwaltung machte der DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler bei einer Anhörung im Bundestags-Finanzausschuss am 12. Oktober 2022 aufmerksam. Thema dort war insbesondere die Modernisierung des Steuerverfahrensrechts.

„Gesetze allein führen zu keiner zeitnahen Betriebsprüfung. Für die Umsetzung brauchen wir vor allem eins: Personal“, stellte Köbler klar. Dies gelte insbesondere für die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit eines Teilabschlussbescheides. Dieser soll Steuerpflichtigen frühzeitig Rechtssicherheit verschaffen, ist aber mit einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Auch die zeitliche Begrenzung der Ablaufhemmung auf fünf Jahre sei eine Herausforderung für die Verwaltung. In diesem Zusammenhang machte Köbler deutlich, dass es hier einer Mitwirkung der Unternehmen bedürfe und nicht nur die Steuerverwaltung in die Pflicht genommen werden dürfe. So sei eine frühzeitige Zurverfügungstellung von Daten erforderlich, um das Verfahren zu beschleunigen. Die DSTG begrüße daher das im Gesetzentwurf angelegte qualifizierte Mitwirkungsverlangen, wonach Steuerpflichtige zur Mitwirkung aufgefordert werden können, sollten diese nicht kooperieren. Eine zeitliche Staffelung der Ablaufhemmung nach Größenklassen der Betriebe, wie sie von einigen Seiten gefordert wird, ist in den Augen der DSTG hingegen nicht erforderlich, denn bei den sogenannten „Mittel- und Kleinbetrieben“ benötigten die deutschen Finanzämter durchschnittlich nur zehn bis elf Prüfertage.

Der diskutierte Gesetzentwurf sieht auch die bessere Erfassung von steuerlich relevanten Daten von Anbietern auf Internet-Handelsplattformen ab 2023 vor: Die Betreiber digitaler Plattformen – wie beispielsweise ebay oder Amazon – sollen demnach verpflichtet werden, den Finanzbehörden Informationen über Einnahmen zu melden, die von Anbietern auf diesen Plattformen erzielt wurden. Um auch ausländische Geschäftsvorfälle zu erfassen, soll es darüber hinaus einen automatischen Austausch von Informationen zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union geben.

Köbler begrüßte dieses Vorhaben: „Der Kampf für mehr Steuergerechtigkeit erfordert mittlerweile nicht nur nationale, sondern auch internationale Maßnahmen.“ Derzeit sei es kaum möglich, auf steuerlich relevante Daten von Anbietern auf digitalen Plattformen zuzugreifen. Die DSTG rechnet deswegen mit einem jährlichen Steuerausfall beim europäischen Plattformhandel in Höhe von mehreren Milliarden Euro. Allerdings, so Köbler, sehe die DSTG das Risiko, dass steuerunehrliche Anbieter von den Plattformen auf eigene Onlineshops ausweichen könnten, um der Meldung ihrer Einkünfte zu entgehen. „Daher plädieren wir dafür, sämtliche Onlineshops in die Meldvorschrift zu integrieren, um so auch dort die Sanktionsmöglichkeiten des neuen Gesetzes zur Anwendung zu bringen.“

Namen und Nachrichten

Seit 18. Oktober 2022 ist die neue Folge des **dbb Podcast "DienstTag"** online. DienstTag interessiert sich für „Menschen, die Staat machen“. In der aktuellen Folge spricht Gastgeberin Steffie Schaller mit dem Rostocker Johannes Hofmann, der an der Fachhochschule Güstrow dual „Öffentliche Verwaltung“ studiert. Was findet er an seinem Studium „unfassbar interessant“? Was treibt ihn in den öffentlichen Dienst? Nerven ihn die Vorurteile gegenüber Beamten? Tja, man müsse über den Sprüchen stehen. „Wer Beamter wird, hört Beamtenwitze.“ Das Mitglied bei der komba jugend will „sich für die Gemeinschaft einbringen“, so wie das alle anderen in seiner Familie auf die eine oder andere Weise tun. Es macht dem 20-jährigen Freude, mitzugestalten und an Prozessen mitzuarbeiten, „damit das ein besseres Land wird.“ DienstTag kann auf allen gängigen Streamingplattformen oder über [dbb.de](https://www.dbb.de) gehört und heruntergeladen werden.

Der **dbb** hat deutliche Verbesserungen für den Straßenbetriebsdienst in Hessen erreicht. Nach drei Verhandlungsrunden wurden Neuregelungen vereinbart, die in wichtigen Bereichen die Bestandsbeschäftigten besserstellen und für neueingestellte Beschäftigte deutlich attraktivere Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Diese Neuregelungen gelten für die Kolleginnen und Kollegen, die bei Hessenmobil beschäftigt sind. Bereits in der Tarifrunde 2019 und dann erneut in der des Jahres 2021 hatte der **dbb** auf eine Neuverhandlung der Entgeltordnung für den Bereich des Straßenbetriebsdienstes in Hessen und bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gedrungen. Bislang hat nur das Land Hessen sich an die Gesprächszusage gehalten. Ziel war und ist es, diesen Bereich aufzuwerten, einerseits um die gestiegenen Anforderungen an die Beschäftigten abzubilden, andererseits um gegenüber dem Tarifwerk der Autobahn GmbH nicht ins Hintertreffen zu geraten. Einzelheiten zu den Verbesserungen gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Nach konstruktiven Verhandlungen mit der Geschäftsführung der Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH konnten die laufenden Tarifverhandlungen am 13. Oktober 2022 erfolgreich abgeschlossen werden. Der **dbb**, handelnd für seine Fachgewerkschaft komba,

hat durch den Tarifabschluss wesentliche Verbesserungen für die Beschäftigten im Rettungsdienst erreicht: Die wöchentliche Arbeitszeit wird ab dem 1. Januar 2023 auf durchschnittlich 39 Stunden reduziert. Bekleidungsbeauftragte und Hauptpraxisanleiter erhalten Funktionszulagen. Rückwirkend zum 1. Oktober 2022 erhöhen sich die monatlichen Zulagen von 70 Euro auf 150 Euro, für Praxisanleiter von 140 Euro auf 250 Euro, Hauptpraxisanleiter erhalten 350 Euro monatlich. Ab dem Jahr 2024 erhalten Gewerkschaftsmitglieder einen zusätzlichen Freistellungstag im Jahr. Zudem konnten sich die Sozialpartner darauf verständigen, dass die Beschäftigten im Dezember 2022 eine weitere steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlung erhalten. Der Anspruch von 1.750 Euro für Beschäftigte beziehungsweise 875 Euro für Auszubildende vermindert sich um 1/12 für jeden Kalendermonat, in dem die/der Beschäftigte keinen Anspruch auf Entgelt oder Entgeltfortzahlung haben. Teilzeitbeschäftigte erhalten die Zahlung anteilig.

Am 13. Oktober 2022 haben der **NBB**, der DGB – also die Gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Niedersachsen – sowie der Niedersächsische Richterbund mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport eine gemeinsame Erklärung zur Neufassung der Schwerbehindertenrichtlinien (SchwBRL) vom 4. Oktober 2022 überzeichnet. Darin stimmen die Parteien überein, dass durch die Neufassung der Schwerbehindertenrichtlinien keine inhaltliche Änderung der aus der bestehenden „Vereinbarung gem. § 81 NPersVG zu den Schwerbehindertenrichtlinien“ vom 21. März 2016 (Nds., MBl. 2016 S. 401) übernommenen Regelungen vorgenommen wurde. Ungeachtet von Abweichungen im konkreten Wortlaut entsprechen die Schwerbehindertenrichtlinien in der Sache der bestehenden Vereinbarung. In der Rechtsanwendung sei der Wortlaut der neugefassten Schwerbehindertenrichtlinien anzuwenden. Die Vereinbarung gem. § 81 NPersVG zu den SchwBRL vom 21.3.2016 gelte bis zum Abschluss einer neuen Vereinbarung fort. Es bestehe Konsens über die Aufnahme von Verhandlungen zu einer neuen Vereinbarung.

Fünf Tage Arbeitskampf: Vom 20. Oktober 2022, 2 Uhr bis 25. Oktober 2022, 2 Uhr. Die **Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)** ruft bereits zum vierten Mal alle Lokomotivführer, Zugbegleiter, Werkstattmitarbeiter, Ausbilder, Mitarbeiter des SWEG-Kundencenters und Disponenten der SWEG Südwestdeutsche Landesverkehrs GmbH (SWEG) und der SWEG Bahn Stuttgart GmbH (SBS), die Mitglieder der GDL oder nicht organisiert sind, zu einem Streik auf. Dem Arbeitgeber sei jedes – auch unzulässiges – Mittel Recht, um die Streikbereitschaft der Eisenbahner für die berechtigten Ziele in Form von besseren Entgelt- und Arbeitsbedingungen auszuhöhlen, hieß es am 19. Oktober 2022 von der GDL. Die dbb Fachgewerkschaft fordert den Abschluss eines

Tarifvertrages auf dem Niveau des Flächentarifvertrags der GDL. Er steht allen Eisenbahnern in Deutschland zu. Durch die Vorlage eines verhandlungsfähigen Angebots für beide Unternehmen könnten die SWEG und die SBS den Tarifkonflikt ganz schnell beenden, so der GDL Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky: „In ganz Deutschland gelten für Eisenbahner faire Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Sie müssen auch für die Eisenbahner der SWEG und der SBS gelten. Es liegt somit an den Arbeitgebern, den Streik auf dem Rücken der Fahrgäste zu beenden. Eigentlich sollten die SWEG und die SBS aus der Erfahrung anderer Eisenbahnverkehrsunternehmen gelernt haben, dass wir GDLer einen langen Atem haben.“

Termine:

27. - 30. November 2022, Berlin
dbb Gewerkschaftstag 2022

Weitere Informationen unter <https://www.dbb.de/gwt2022>.

9. Januar 2023, Köln
dbb Jahrestagung 2023
Weitere Informationen folgen.

24. Januar 2023,
1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

22. - 23. Februar 2023,
2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.

28. - 30. März 2023,
2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen
Weitere Informationen folgen.